



TASS meldet

Der Erste Mai schreitet über den Planeten

In flammendem Rot der Fahnen und Transparente, in Frischem Frühlingsgrün ist der Erste Mai auf unseren Planeten eingezogen als Verkörperung der revolutionären Kräfte und der Erneuerung des Lebens. Millionen und aber Millionen Menschen in verschiedenen Teilen des Erdballs begehen sich mit Fahnen und Transparenten auf die Straßen und Plätze der Städte und Dörfer. Sie erschließen hier nicht einen Spaziergang, wie W. I. Lenin sagte, sondern um ihre Kräfte am Tag der Schan der internationalen Solidarität der Werktätigen im Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu demonstrieren.

Frankreich, Italien, Belgien und anderer Länder Westeuropas. Arbeit und Frieden sind im Bewußtsein der Menschheit in eins zusammengeschmolzen. Es ist symbolisch, daß gerade in den Maitagen des Jahres 1945 der Große Vaterländische Krieg — dieser wahre „Kampf nicht um des Ruhmes, sondern um des Lebens auf Erden willen“ — zu Ende gegangen ist. Seitdem schreibt die polnische Zeitung „Trybuna Ludu“, hat es schon in der 33 Jahre langen dauerhaftesten Zeitperiode der Geschichte in Europa keine Kriege gegeben.

Die Sowjetunion, die durch den zweiten Weltkrieg am meisten gelitten hatte, tat so vieles für die Verwandlung Europas in einen Kontinent des dauerhaften Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit wie kein anderer Staat. Die Völker der Welt verfolgen mit tiefer Erkenntlichkeit, wie durch die Anstrengungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Sowjetregierung und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen L. I. Breschnew, persönlich das vom XXV. Parteitag der KPdSU erarbeitete Programm des weiteren Kampfes für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker erfolgreich realisiert wird.

Großen Anklang fand auf allen Kontinenten die Rede des Genossen L. I. Breschnew auf dem XVIII. Komsomolkkongress der Sowjetunion. In ihren Kommentaren würdigten die Staatsfunktionäre, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Zeitungen vieler Länder die außerordentlich große Bedeutung der Äußerungen L. I. Breschnews darüber, daß die Sowjetunion die Herstellung von Neutronenwaffen nicht aufnehmen wird, wenn das Vereinigte Staaten nicht tun werden, und darüber, daß die UdSSR nicht gewillt ist, die Streikkräfte in Zentralamerika zu vergrößern.

„Diese außerordentlich wichtige Rede“, unterstrich die bulgarische Zeitung „Rabotnitschesko Delo“, hat mit Recht den Hauptplatz in den Mitteilungen der Nachrichtenagenturen und in Kommentaren der politischen Berichterlatter eingenommen. Sie ist von Optimismus und unbeeugsamem Willen zur Festigung des Friedens und zur Abwendung des Kernwaffenkrieges durchdrungen, läßt neue Hoffnungen ein und ist ein machtvoller Stimulus für die Friedenskämpfer der ganzen Welt.“

Unter diesen Verhältnissen können sich die verantwortlichen Politiker des Westens nicht entschließen, die dem Weltfrieden innewohnende Gefahr zu bestreiten. Zugleich machen sie häufig Zugeständnisse den Kreisen, welche sich in der Praxis für die Fortsetzen des Weltfriedens einsetzen und dabei verschiedene erfindene Ausreden und Erdichtungen über die angebliche „sozialistische Gefahr“ vorbringen. Besonders oft passiert das den Vertretern der amerikanischen Administration.

Angesichts der verantwortlichen und ernsthaften Reaktion Westeuropas auf den sowjetischen Vorschlag über den gegenseitigen Verzicht auf die Produktion und die Entfaltung von Neutronenwaffen erklart die Stimme des offiziellen Washingtons abgesondert und isoliert. In seiner Stegreifantwort auf die Frage über die Haltung seiner Regierung zum sowjetischen Vorschlag auf einer Pressekonferenz suchte der USA-Präsident J. Carter seine Aktualität auf jede Weise zu schmälern. Er behauptete, daß der Vorschlag über den gegenseitigen Verzicht auf die Neutronenwaffen für den europäischen Kontinent bedeutungslos sei.

Auf diese Weise ist der amerikanische Präsident in einen direkten Widerspruch zu der Meinung der Europäer selbst geraten, die gerade die Frage über die Entfaltung der Neutronenwaffen mehr als alles andere angeht und die der Suche nach praktischen und effektiven Wegen zur Bannung der Gefahr der Entstehung dieser neuen Massen-

vernichtungswaffen große Bedeutung beimessen. Was für Zickzacke es auf dem Weg der Politik der internationalen Entspannung auch immer geben mag, gehört sie schon länger nicht mehr in den Bereich der Theorie und frommer Wünsche. Sie hat auf ihrem Konto zahlreiche gute Taten, die konkret und gewichtig sind. Neu und für die Sache des Friedens günstiger sehen jetzt auch die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus — trotz aller Konjunkturschwankungen. Während der unlangst beendeten Verhandlungen des Staatssekretärs Vance mit den sowjetischen Leitern in Moskau war es gelungen, die Vorbereitung eines Abkommens zur Begrenzung der strategischen Ausrüstungen etwas voranzubringen, was die überwiegende Mehrheit der Weltöffentlichkeit mit Genugtuung quittierte.

Daß die Weltreaktion hat ihre Waffen noch nicht gestreckt. In Princeton (Vereinigte Staaten) fand Ende April ein Treffen der sogenannten Bilderberger Gruppe statt, zu deren Teilnehmer solche berühmten Vertreter des harten Kurses gehören wie der Sicherheitsbeauftragte des USA-Präsidenten Brezinski, die NATO-Führer Lams und General Haig, Präsidenten und Direktoren westlicher Großbanken und Korporationen, die mit dem Militär-Industrie-Komplex verbunden sind. Dort wurde die Rede hauptsächlich von der mythischen „sozialistischen Gefahr“. Und obwohl die Haltungslosigkeit derartiger Behauptungen für alle offensichtlich war, rufen die Teilnehmer des Treffens Präsident Carter auf, zusätzliche NATO-Mitgliedstaaten eine Vergrößerung der Bereitwilligen für die Belange des aggressiven Blocks und traten für die Unterstützung der Entwicklung und Produktion der Neutronenwaffen ein.

Gleichzeitig mit der Sitzung der Bilderberger Gruppe in Obersee traten in der österreichischen Stadt Salzburg Vertreter von 18 konservativen Parteien West- und Nordeuropas zusammen, die den sogenannten Europäischen Demokratischen Bund organisierten. Nach Demokratie riecht es in dieser Allianz der Ultrareaktionäre natürlich nicht ein bißchen. Wie M. Teicher, Führer der britischen Konservativen erklärte, bezeichnen ihre Teilnehmer den Kampf gegen den Marxismus als ihre Hauptaufgabe. Es liegt auf der Hand, daß der in Salzburg auf die Beine gebrachte neue Block der Reaktionäre als Stoßtrupp gegen die Demokratie und internationale Arbeiterbewegung gedacht und gegen die Demokratie und die internationale Arbeiterbewegung gerichtet ist. Dieser reaktionäre konservative Block, der sich mit Phrasen über „Freiheit“ und „Demokratie“ tarnt, ist bestrebt, dem Großkapital durch Verstärkung der Ausbeutung der Arbeiterklasse die Fortschritt zu verhindern und die Gebrochen des kapitalistischen Systems zu bemanen.

Doch weder die Bilderberger noch die Salzburger Heiler des Imperialismus sind imstande, den unerbittlichen Vorwärtlauf der Geschichte aufzuhalten. Die machtvolle Kundgebungen der Werktätigen am Ersten Mai zeigen beiderseitig davon, daß die Völker der Welt imstande sind, die Umtriebe der reaktionären und kriegslustigen Kräfte zu vereiteln, und sie schließlich von der Entscheidung, diesen letzteren stehen mächtige Friedenskräfte gegenüber. Das sind die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft, die internationale Arbeiter-, demokratische und nationale Befreiungsbewegung sowie die nichtparteiischen Länder. Das sind die breiten Kreise der Weltöffentlichkeit, die demokratischen Massenorganisationen, die real denkenden Kreise der kapitalistischen Länder. Der Strategie der aggressiven und Kriegskräfte stellen sie die Strategie der Festigung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit entgegen.

G. SCHISCHKIN, (TASS)

Die französischen Monopole drohen die Produktion und greifen zu Massenentlassungen. Die Gruppe „Rhône Poulouque“ hat jeden dritten Arbeiter entlassen. Ihr Recht auf Arbeit verweigern sie, weil die französischen Textilarbeiter immer mehr den Streikkampf.

Im Bild: Die Weber der Gruppe „Rhône Poulouque“ in Colmar während des Streiks. Foto: ADN—TASS



In Hunger und tiefer Not

Die Lebenslage der werktätigen Chilenen hat sich auf Grund der rigorosen „freien marktwirtschaftlichen“ Maßnahmen, die Pinochet im Interesse der einheimischen und ausländischen Monopole durchsetzt, im vergangenen Jahr weiter besorgniserregend verschlechtert. Offiziell wird die Inflationsrate für 1977 mit 63,5 Prozent angegeben. Die Auswirkungen schillerte der venezolanische Journalist Leopoldo Linarez in einer aufsehenerregenden Reportage. Er verurteilt die Chilenen der unteren und mittleren Klasse in einem permanenten Zustand der Verzweiflung und Trostlosigkeit. Linarez schilderte Szenen bei denen Hunderte von Personen in den aristokratischen Vierteln der Hauptstadt um irgendetwas zu essen bettelten.

Selbst nach offiziellen Angaben in Santiago ist seit 1975, als die Bevölkerung seit dem 11. September 1973 um sieben Milliarden Dollar zurückgegangen.

Seltsame Touristen

Der Umstand, daß Dr. S. Richard aus dem fernem Kalifornien in der Tschechoslowakei überall seine Kamera bei sich hatte, würdige niemanden: Der Weg über den Atlantik ist weit, und die Aufnahmen, die er während der Reise machen wird, sollen die schönste Landschaft und die Gastfreundschaft der Tschechoslowakei in Erinnerung rufen.

Als aber Mr. Richard sich in einer südböhmischen Stadt aufhielt kam an den Tag, daß sich dieser „Tourist“ überhaupt nicht für Baudenkmäler und schöne Natur interessiert. Bei jeder passenden Gelegenheit richtete er das Objektiv seiner Kamera angeblich zufällig auf militärische Objekte. Diese merkwürdige Neugier des Touristen erregte Aufmerksamkeit zweier Tschechoslowakischer Militärhörner, und die Legende von der ungenutzten Liebe Mister Richards zur Fotokunst brach zusammen. Der „Amateurfotograf“ aus Kalifornien wurde aus der Tschechoslowakei ausgewiesen und kehrte zu seinen CIA-Vorgesetzten zurück.

Es sei hinzugefügt, daß die Tschechoslowakei, die ihre Unterschrift unter die Schlussakte der Gesamteuropäischen Konferenz gesetzt hat, mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft alle Festlegungen dieses Dokuments konsequent in die Tat umsetzt. Das gilt voll und ganz für die Entwicklung des internationalen Tourismus. Im vorigen Jahr nahm die CSSR, ein Land mit 15 Millionen Einwohnern, 17,8 Millionen Touristen aus dem Ausland auf. Seit 1975, als die Schlußakte unterzeichnet wurde, stieg die Zahl der ausländischen Touristen, die die Republik alljährlich besuchen, um 28 Prozent.

Wer in ehrlicher Absicht in die CSSR kommt, wird dort gastfreundlich empfangen. Zugleich muß man der Zeitung „Rude Pravo“ beipflichten, die zur Geschichte mit dem „Amateurfotografen“ aus Kalifornien schrieb: „In diesem Jahr erwarten wir nicht weniger Gäste als im vorigen, wir freuen uns auf ihre Ankunft, doch wir weigern uns entschieden, Touristen vom Schlage des Herrn Richard zu empfangen.“

Mehr als 100.000 Mexikaner geben ihre Unterschriften zur Unterstützung der Mexikanischen Kommunistischen Partei (MKP) und äußern sich für die Anerkennung ihrer Rolle als Kampfrufen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die erfolgreich durchgeführte gesamt-nationale Kampagne zur Unterstützung der MKP und zur Gewinnung neuer Mitglieder für ihre Reihen zeugt vom Wachstum des Einflusses der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Jugend, der Intelligenz.

Im Bild: Während der Unterschriftensammlung in Mexiko. Foto: ADN—TASS

Perspektiver Zweig

SOFIA. Erfolgreich entwickelt sich die Zusammenarbeit der sowjetischen und bulgarischen Wissenschaftler und Spezialisten auf dem Gebiet der Elektronik und der Elektrotechnik. Zwischen den beiden Ländern sind elf Abkommen über Spezialisierung und Kooperation auf diesem Gebiet abgeschlossen. Der Export von Erzeugnissen der bulgarischen Elektron- und elektrotechnischen Industrie in die UdSSR wird im laufenden Planjahr 27 Prozent des ganzen Exports der Bulgarischen Volksrepublik ausmachen.

1978 werden sich die bulgarischen und sowjetischen Spezialisten auf der Ausarbeitung von 48 Themen auf dem Gebiet der Elektronik befassen, die von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung für beide Länder sind.

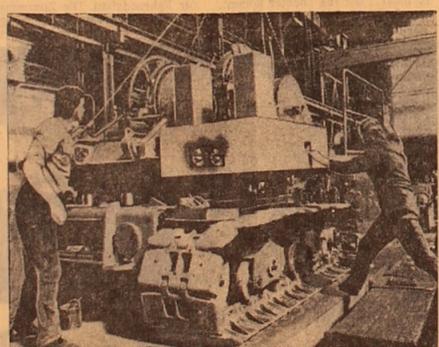
Die Rationalisatorienbewegung in der Mongolei

ULAN-BATOR. Der ökonomische Effekt von der Einführung der Verbesserungsvorschläge und technischen Vervollkommnungen der mongolischen Rationalisatoren und Erfindern in den letzten drei Jahren beträgt über 64 Millionen. Gegenwärtig zählt die Gesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren der Mongolischen Volksrepublik über 2.000 Menschen. In Großbetrieben sind 330 schöpferische Brigaden und 60 Konstruktionsbüros tätig. Dank den Neuerungen wurden allein im vergangenen Jahr in der Produktion über 2.000 technische Neuerungen eingeführt, die es ermöglichten, die Arbeitsproduktivität bedeutend zu heben und von großem ökonomischem Effekt waren.

Dem Maifeiertag gewidmet

WARSAU. Zahlreiche Kollektive aus den Industriebetrieben der Republik haben dem ZK der PZAW über die vorläufige Erfüllung der sozialistischen Verpflichtungen zu Ehren des 1. Mai rapportiert. Wie gewöhnlich waren unter den Wettbewerbern die Bergarbeiter aus Schlesien führend.

In den Bruderländern



Mit neuen Erfolgen begehen die Arbeiterkollektive der Produktionsbetriebe der DDR den Tag der Internationalen Solidarität der Werktätigen. Dieses Bild entstand in einem Abschnitt des Werks für Schwermaschinenbau NOBAS in Nordhausen. Die hier gebauten universellen Baggen werden in 40 Staaten exportiert, darunter in die Bruderländer UdSSR, Ungarn, Cuba. Im vorigen Jahr wurde dem Werk der Ehren titel „Betrieb ausgezeichnete Qualität“ verliehen.

Für die Arbeiter der Volksrepublik Ungarn ist es zur Tradition geworden, den Tag der Internationalen Solidarität der Werktätigen mit neuen hohen Produktionskennziffern zu begehen. Die Kollektive der Werke und Fabriken der Republik haben im Arbeitsablauf zum 1. Mai alle übernommenen Verpflichtungen in Ehren eingelöst.

Unser Bild: Diese Baggenarbeiten auf einer Grube bei Orozlan ist im sozialistischen Wettbewerb unter ihren Kollegen führend. Foto: TASS



Breit hatte sich der Wettbewerb auch in der Werkzeugmaschinenfabrik „1. Mai“ in Pruszkow bei Warschau entfaltet. Das Kollektiv dieses Betriebs hat ehrenamtlich die Produktionsabschnitte renoviert und eingerichtet, was bedeutend die Betriebsmöglichkeiten und die Auslastung vergrößerte und zur Steigerung der Qualität der technologischen Operationen beitrug.

Es geht um Austausch auf lange Sicht

Die Entwicklung des Warenaustausches zwischen der BRD und der UdSSR seit dem Moskauer Vertrag hat einen unglaublichen Aufschwung erzielt. Erklärte BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Interview der „Neuen Ruhr-Zeitung“.

„Wir unternehmen jetzt den Versuch, diesem Aufschwung ernst Anstoß zu geben, ihn zu verbreitern und für lange, lan-

ge Jahre in der Zukunft zu einer festen berechenbaren Größe in der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl der Sowjetunion als auch der Bundesrepublik Deutschland zu machen.“

Helmut Schmidt stellte weiter fest, daß im Laufe des bevorstehenden Besuchs von L. I. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten

Weltöffentlichkeit protestiert

PRAG. Das ZK der Nationalen Front der CSSR hat im Namen aller politischen Parteien und Massenorganisationen, die Mitglied der sozialistischen Tschechoslowakei sind vor allem über die gefährlichen Pläne der USA-Militärs besorgt, die beabsichtigen, die Neutronenwaffe in Europa zu stationieren. Indem diese vor allem gegen unser Land, gegen die Sowjetunion und gegen die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet werden soll.

In einer von den Teilnehmern des Plenums des ZK der Nationalen Front der CSSR angenommenen Resolution heißt es: „Wir sind der sozialistischen Tschechoslowakei sind vor allem über die gefährlichen Pläne der USA-Militärs besorgt, die beabsichtigen, die Neutronenwaffe in Europa zu stationieren. Indem diese vor allem gegen unser Land, gegen die Sowjetunion und gegen die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet werden soll.“

BONN. Die Produktion der Neutronenwaffe durch die Vereinigten Staaten und ihre Stationierung auf dem Territorium der BRD würde nur zur Verstärkung des Weltfriedens beitragen und die Erfolge gefährden, die im Kampf für Fortsetzung der Verhandlungen über die Neutronenwaffe erzielt worden seien, heißt es in einer Resolution, die von den Delegierten einer Konferenz des deutschen Gewerkschaftsbundes der Stadt Frankfurt/Main angenommen wurde.

Die Zeitung der DKP „Unserer Zeit“ stellt fest, daß von den Interessen der Festigung des Friedens, der Entspannung und der Zugelung des Weltfriedens der Vorschlag der Sowjetunion die Vereinigten Staaten durchdrungen ist, einen beiderseitigen Verzicht auf die Produktion der Neutronenwaffe zu vereinbaren. Die neue Initiative der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten — der Ent-

wurf einer Konvention für das Verbot der Produktion, Lagerung, Stationierung sowie des Einsatzes von Neutronenkernelementen — sei Ausdruck der konstruktiven Politik des Friedens und der Berücksichtigung der bestehenden Realitäten. Gerade jetzt werden den Beschluß fassenden Organisationen der BRD veranlassen, sich für das Verbot der Neutronenwaffe einzusetzen.

LONDON. Eine Debatte zu Abrüstungsfragen fand im Unterhaus des britischen Parlaments statt. Der Parlamentsabgeordnete von der Labour Party Jenkins, forderte, daß die Regierung fest erkläre, daß sie unter keinen Umständen den Beschluß fassen wird, die Neutronenbombe auf dem Territorium Großbritanniens zu stationieren. Er betonte, daß die Stationierung für Großbritannien katastrophale Folgen haben und zum Untergang der europäischen Zivilisation führen könnten.

Eine aufschlußreiche Untersuchung

Innerhalb von drei Jahrzehnten hat sich die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Bürgern Frankreichs verdoppelt. Zu diesem Ergebnis gelangt eine dieser Tage veröffentlichte Untersuchung des offiziellen „Nationalen Instituts für Statistik und Wirtschaftsforschung“ (INSEE). Das Institut hat die Entwicklung des Vermögens der Franzosen zwischen 1949 und 1975 erforscht. Der Unterschied zwischen dem einen Prozent der Ärmsten war 1975 etwa doppelt so groß wie 1949. Viele Zeitungen, auch Rundfunk und Fernsehen, befaßten sich mit dieser Untersuchung. Sie berührt einen wesentlichen Punkt in allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in diesen Jahren.

Zwischen 1949 und 1975 hat sich das Vermögen des kleinen Kerns der Reichsten (1 Prozent der Haushalte) um jährlich 12 Prozent vermehrt. Das Einkommen der ärmsten Schicht ebenfalls gestiegen, aber nur um 7,5 Prozent jährlich. Also ist der ohnehin riesige Abstand noch viel größer geworden. Die Experten stellen in ihrem Dokument fest: „Der größte Teil der Familien besitzt wenig oder nichts. 50 Prozent der Haushalte können nur 5 Prozent des Gesamtvermögens in ihrem Eigentum betrachten. Man muß jedoch beachten, daß diese Schätzung weit unter der Wirklichkeit liegt, da die Vermögenswerte und Einkommen Untersuchungen nicht erfaßt werden können.“ In der Tat, das Institut konnte sich natürlich nur auf Vermögenswerte und Einkommen stützen, die in den Steuererklärungen ausgewiesen werden. Gold, Edelsteine, Schmuck, Kunstgegenstände usw. sind in der Untersuchung nicht berücksichtigt.



